

STADT-ZEITUNG 04

Info der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Stadtverbandes Düsseldorf

2024

GESCHENKE ? ERST STELLE
ICH MAL DIE VERTRAUENS-
FRAGE ...



RABE

**WAS
WEIHNACHTEN
PASSIEREN
KANN**

GEW



Alle Fotos ohne Namensnennung:
© Stadtverband GEW-Düsseldorf

Der Bezugpreis
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Karikatur von
Ralf Böhme:
www.rabe.karikatur.de
© Ralf Böhme:
boehme1rabe@aol.com

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion wieder.

Herausgeber

GEW-Stadtverband Düsseldorf
Friedrich-Ebert-Straße 34-38
40210 Düsseldorf
Telefon: (0211) 36 39 02
Fax: (0211) 600 91 47
geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de
www.gew-duesseldorf.de
fb: GEWduesseldorf

Geschäftsführerin

Anja Mühlenberg
Geschäftszeiten:
Mo/Mi 9-13
Di 13:30-17:30
Do 13:30-16:30

Redaktion

Dr. Sylvia Burkert
Telefon: (0211) 9 95 98 59
Mobil: 0172 4031950
eMail: dr.burkert@gew-duesseldorf.de

Satz/Layout

kuttner, Beschriftung, Produktion, Design
Sven Kuttner
Sultbertusstraße 95
40223 Düsseldorf
Telefon: (0211) 15 93 98 21
eMail: info@beschriftungen-kuttner.de
www.beschriftungen-kuttner.de

Druck

TIAMAT druck GmbH
Luisenstrasse 69
40215 Düsseldorf

2. BILDUNGSWEG

- 6** Das Riehl-Kolleg wird geschliffen.
- 7** Pressemitteilung des GEW- Stadtverbandes am 16.10.
- 9** Karnevalssitzungen des Trägervereins und der Bezirksregierung
Von Harald Pietzsch und Jörg Adams
- 10** Lippenbekenntnisse - Brief einer Studierenden
- 12** Wolle mer se reinlasse?
Fotogalerie Karnevalssitzungen am 11.11. im Riehl-Kolleg

SCHULPOLITIK

- 13** Willkommen - GEW begrüßt neue Referendar*innen
Von Daniela Drecker, Vorstandsmitglied im Stadtverband

GEGEN RECHTS

- 14** 7.Oktober 2023
- 15** Beunruhigende Normalität - Studie der Landesregierung
Viele junge Menschen haben israelfeindliche Ressentiments
- 18** Beruhigend- Protest gegen die AfD an den Schulen!
- 20** Bewegend - Ausstellung "Meine jüdischen / polnischen Eltern"
Von Nihat Öztürk

IN EIGENER SACHE

- 21** Neues aus dem Jungen Schauspiel
Von Ulrich Richter, Vorstandsmitglied im Stadtverband

INTERNATIONALES

- 22** „Alternative Globalisierung“ Von Detlev Wöske

ADRESSEN

- 24** Unsere Personalrätinnen und Personalräte
an den Düsseldorfer Schulen und Hochschulen.
- 25** Aufruf unserer Geschäftsstelle

WAHLEN / JHV

- 26** Einladung zur JHV und Wahlversammlung im Doppelpack
- 27** Wahlaufruf - Wahlen im Stadtverband Düsseldorf
- 30** Was ist eigentlich eine Jahreshauptversammlung? Von Anja Mühlenberg
- 31** Terminübersicht- Wahlen im Stadtverband Düsseldorf



**8 PROZENT
MINDESTENS 350 EURO**

GEW

**PROFIS
BRAUCHEN
MEHR**

TARIFRUNDE TVÖD 2025

GAME CHANGER RGS DÜSSELDORF

Neue Regionalgeschäftsstelle aus den Ortsverbänden Düsseldorf, Rhein-Kreis Neuss, Krefeld und Mönchengladbach startet ab 1. Januar 2025. Was erhoffen wir uns davon? Jede Menge organisatorische aber auch politische Synergieeffekte!

In der Präambel zum **Kooperationsvertrag** heißt es: „Der GEW-Stadtverband Düsseldorf kooperiert mit den GEW-Ortsverbänden Rhein-Kreis Neuss, Krefeld und Mönchengladbach mit dem Ziel, die ehrenamtliche Arbeit durch eine gemeinsame Regionalgeschäftsstelle zu unterstützen und eine professionelle Mitgliederbetreuung im Sinne der „GEW NRW Stärken“ zu gewährleisten. Die Gründung und der Aufbau einer Regionalgeschäftsstelle ist ein gemeinschaftliches Projekt der beteiligten Gliederungen. Dies soll sich bei Ausstattung, Finanzierung und Evaluation der Geschäftsstelle widerspiegeln.“

Schon lange können sich unsere aktiven Mitglieder das „Büro“ als sichere Bank nicht mehr wegdenken aus ihrem Gewerkschaftsleben. Die neue alte Geschäftsstelle im Gewerkschaftshaus wird weiter in bewährter Manier von Anja Mühlenberg geleitet, eine Zusatzkraft wird helfen die gestiegenen organisatorischen Anforderungen zu bewältigen. Diese Kontinuität sichert das, was die Präambel verspricht: wir werden mit der RGS Düsseldorf - so der neue Name - besser aufgestellt

sein in den zukünftigen gewerkschaftlichen Kämpfen, **in den anstehenden Tarifrunden für alle Beschäftigten im Bildungsbereich** und in den Auseinandersetzungen um eine sozial gerechte, demokratische Bildungspolitik.

Wir freuen uns auf die RGS Düsseldorf und wünschen von dieser Stelle aus unseren Partnern im Rheinkreis Neuss und in Krefeld (bisher schon dabei) und in Mönchengladbach(neu) ein gutes neues Jahr in gewerkschaftlicher Solidarität!

Sylvia Burkert, Gabriella Lorusso,
Leitungsteam



DAS RIEHL-KOLLEG* WIRD GESCHLIFFEN



Im Mittelalter wurden die gegnerischen Burgen „geschliffen“, d.h. bis auf Überreste niedergebrannt (im Foto die sehr gut erhaltene Burganlage in Hohenberg an der Eger). Solche Belagerungen der Gegner bis zur endgültigen Einnahme der feindlichen Festung konnten schon mal einige Jahre dauern.

Das Bild drängt sich auf, wenn man die seit einem Jahr anhaltende Beschießung des altherwürdigen Riehl-Kollegs mitverfolgt (Luftaufnahme). Und geschossen wird aus allen Rohren: von der Bezirksregierung, der schwarz-grünen Stadtregierung, des eigenen Trägervereins. Die Belagerten wehrten sich zum Schluss heftig. Sie besetzten 2mal den Schulausschuss, als die Schließung des Riehl-Kollegs auf der Tagesordnung stand.

Hier die ganze Story! Sylvia Burkert, Redaktion



***)** Das Wilhelm-Heinrich-Riehl Kolleg (WbK) ist ein Teil des schulischen Zweiten Bildungswegs und keinesfalls zu verwechseln mit einem Berufskolleg. Der Zweite Bildungsweg umfasst unter dem amtlichen Oberbegriff Weiterbildungs-Kollegs (WbK) die drei Bildungsgänge Abendrealschule (ARS), Abendgymnasium (AG) und Kolleg. Das Kolleg ist eine Vollzeit- Tagesschule, an der Erwachsene analog zur gymnasialen Oberstufe des ersten Bildungswegs mit weitgehend identischen Prüfungsordnungen zum Abitur geführt werden. Diesen eigenständigen Bildungsgang, unabhängig von einer beruflichen Schwerpunktsetzung und Verknüpfung mit einer Berufsausbildung, voll BAFÖG-fähig und im Tagesbetrieb gibt es in Düsseldorf sonst nicht. Das sind aber zum Beispiel für junge Erwachsene mit Kindern, aber auch für viele anders gelagerte Lebenssituationen Kriterien, von denen die Möglichkeit zum Eintritt in den Zweiten Bildungsweg entscheidend abhängt.

PM DES GEW - STADTVERBANDES AM 16.10.

Skandalöser Umgang mit Studierenden und Kolleg*innen des Riehl-Kollegs*) Die Stadt Düsseldorf schafft es über ein halbes Jahr nicht, sich um eine verantwortungsvolle Lösung für die von ihr selbst angestrebte Schließung des Riehl-Kollegs zu kümmern. Die Schulgemeinschaft erfährt aus der Presse, dass die Handwerkskammer sich zum Jahresende einen schlanken Fuß machen und aus der Trägerschaft aussteigen wird.

Daraus resultiert zum einen eine unerträgliche Situation für die Studierenden, die sich alle auf einen herausfordernden zweiten Bildungsweg begeben haben; sie können womöglich keinen Abschluss machen, weil die Stadt Düsseldorf und die Handwerkskammer nicht mal das Geld für ein zuverlässiges Auslaufen des Schulbetriebs aufbringen wollen. Aber auch für die Kolleginnen und Kollegen, insbesondere im Angestelltenverhältnis, ist die aktuell vollkommen ungewisse Situation eine Zumutung.

Es ist ein Skandal, dass die bildungspolitisch Verantwortlichen der Stadt und die Handwerkskammer sich seit einem halben Jahr nicht nur gegenüber sämtlichen Vorschlägen zu möglichen Alternativen einer Schließung vollkommen unzugänglich zeigen. Selbst ihre eigenen Pläne schaffen sie nicht in einer verantwortungsvollen Weise und orientiert an demokratischen Spielregeln zu entwickeln und umzusetzen. Sprüche wie: „Da müssen wir uns jetzt

selber erst mal informieren, und unsere Rechtsabteilung und die Bezirksregierung konsultieren“ wurden Betriebsratsmitgliedern gegenüber noch nach einem halben Jahr geäußert.

Seit Anfang Oktober 2024 hat sich die Sachlage nun erheblich verändert. Bemühungen des Trägers, sich seiner Verantwortung zu stellen und zumindest ein geregelter Auslaufen der Schule zu organisieren, sind nicht mal mehr im Ansatz zu erkennen. Die Handwerkskammer schafft durch ihre einsame Entscheidung Fakten und weder die Studierenden, noch die Schulleitung oder der Betriebsrat werden durch den Schulträger informiert. Die Stadt Düsseldorf überlässt die kommunale Bildungspolitik wohl der Handwerkskammer und begnügt sich mit der Rolle der Zuschauerin bei der Zerstörung eines einmaligen Bildungsangebotes, dessen Qualität von allen Beteiligten bis zuletzt immer wieder anerkannt worden ist.

Deswegen fordern wir als GEW: Keine Schließung des Riehl-Kollegs, der zweite Bildungsweg darf in Düsseldorf nicht ausgetrocknet werden!

Die GEW hat den Zweiten Bildungsweg immer als Chance begriffen auch Erwachsenen mit gebrochenen Bildungsverläufen Möglichkeiten der Weiterbildung bis hin zum Erwerb des Abiturs zu bieten. Zur gesellschaftlichen- auch zukünftigen- Bedeutung dieser Option und zu notwendigen Maßnahmen ihrer Absicherung liegt seit letztem Jahr ein Positionspapier der GEW-NRW vor: „Den Zweiten Bildungsweg stärken“ https://www.gewrw.de/fileadmin/user_upload/Mein_Bildungsbereich_PDFs/Erwachsenenbildung_PDFs/gew-nrw-zweiter-bildungsweg.pdf

Seit Anfang Oktober läuft zudem eine **online-Petition der Studierenden-Vertretung des Riehl-Kollegs** an der neben der großen Zustimmung auch die vielen, teils sehr ausführlichen Kommentare die Forderung der Petition, das Riehl-Kolleg nicht zu schließen nachdrücklich unterstreichen.

Bisher haben 1863 unterschrieben und viele ergreifende Kommentare hinzugefügt. <https://t1p.de/bsbuf>

Faktencheck:

Bereits im April kündigten Vertreter der beiden Träger des Trägervereins (Handwerkskammer Düsseldorf und Stadt Düsseldorf) gegenüber der Schule an, das Riehl-Kolleg schließen zu wollen. Es wurde ein Zeitplan präsentiert, nach dem der Trägerverein innerhalb eines Monats alle Beschlüsse zur Schließung fassen sollte. Seinerzeit war noch vorgesehen, einen letzten

Jahrgang zum Sommer aufzunehmen (was auch erfolgreich geschehen ist) und allen Studierenden die Möglichkeit zu geben, den von ihnen angestrebten Schulabschluss am Riehl-Kolleg abzulegen. Zu diesem Zeitpunkt ist weder der Betriebsrat über die beabsichtigte Betriebsänderung informiert worden, noch konnte zu wesentlichen organisatorischen Fragen Auskunft gegeben werden. Nach Intervention des Betriebsrates passierte über ein halbes Jahr lang nichts weiter, als einerseits an der Absicht zur Schließung festzuhalten, während andererseits Handlungsunfähigkeit demonstriert wurde. Vorgaben des Betriebsverfassungsgesetzes wurden übergangen und erforderliche Entscheidungen zum angestrebten Auslaufen der Schule im Hinblick auf die Studierenden und die Beschäftigten wurden fortlaufend vertagt. Seit Anfang Oktober 2024 hat sich die Sachlage nun dadurch erheblich verändert, dass ein nie gefasster Schließungsbeschluss nun durch den Austritt der Handwerkskammer aus dem Trägerverein ersetzt werden soll. Das möglicherweise dahinterstehende Kalkül: Eine Ersatzschule ohne Betriebsgenehmigung muss man gar nicht selber schließen, sie wird von anderer Seite geschlossen werden.

KARNEVALSSITZUNGEN DES TRÄGERVEREINS UND DER BEZIRKSREGIERUNG

Von Harald Pietzsch und Jörg Adams, Lehrer am Riehlkolleg und im Betriebsrat
(Aktueller Stand bei Redaktionsschluss)

Wie angekündigt, haben am 11. November die für das Riehl-Kolleg entscheidenden zwei Sitzungen stattgefunden. Zunächst trafen sich am Vormittag Vertreter*innen des Trägers mit den zuständigen Dezernent*innen in der Bezirksvertretung Düsseldorf. Danach fand um 14 Uhr die Vorstandssitzung des Trägervereins in den Räumen des Riehl-Kollegs statt, die von einem ausdrucksstarken Protest der Studierenden und der sie unterstützenden Kolleg*innen begleitet gewesen ist. Auf dieser Vorstandssitzung durfte die Schulleitung zwar noch den üblichen Bericht zur aktuellen Situation geben, aber sich nicht beratend an den Beschlüssen beteiligen. An dieser Stelle wurde der Betriebsrat in keinsten Weise einbezogen (s. Fotogalerie)

Nach der Sitzung wurden folgende, mit der Bezirksregierung abgestimmten Beschlüsse des Vorstands des Trägervereins mitgeteilt:

Die Bezirksregierung hat dem vorzeitigen Austritt der HWK aus der Trägerstruktur zum 31. Dezember 2024 nicht widersprochen und ermöglicht ein Auslaufen des Riehl-Kolleg in Düsseldorf. Als Zeitpunkt, der endgültigen Schließung steht aktuell der Sommer 2026 im Raum, bis zu dem nur ein Teil der aktuell Studierenden ihren angestrebten Abschluss erreichen können.

Gleichzeitig soll der Stadt Düsseldorf für die Restlaufzeit eine Sondergenehmigung für die alleinige Trägerschaft der Ersatzschule bis zu ihrer endgültigen Schließung erteilt werden.

Bezüglich der Kolleg*innen die alle bis spätestens Sommer 2026 die Schule verlassen müssen konnten erneut keine zuverlässigen Auskünfte gegeben werden: Man habe noch keinen Plan, müsse ja auch noch mit dem Betriebsrat "sprechen", aber es wird bestimmt alles gut werden - Helau!

Diese Beschlüsse müssen noch am 10. Dezember von der Mitgliederversammlung des Trägervereins bestätigt werden, bevor sie wirksam werden können. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass dies passieren wird.

Umgang mit den Kolleg*innen und dem Betriebsrat

Mitte November, nach 7 Monaten (!) unbeirrbarer Verfolgung der Schließungsabsicht, hat sich der Vorstand des Trägervereins zum ersten Mal mit der Bereitschaft mit dem Betriebsrat getroffen, in die Verhandlungen über einen vom Betriebsverfassungsgesetz vorgesehenen Interessenausgleich und Sozialplan einzutreten. Aber noch immer war seine Vorsitzende, Frau Wandt, nicht in der Lage substantiell

Auskunft über konkrete Verfahrensweisen zu geben, wie die Kolleg*innen zu ihnen in Aussicht gestellten neuen Arbeitsverhältnissen kommen werden und wie konkret der Übergang aussehen kann. Wirklich verlassen konnten sich der Betriebsrat und das Kollegium bisher nur auf die Rückendeckung durch den Rechtsschutz der GEW und die sie beratenden Rechtsanwälte.

Trauerspiel Schulausschuss und Stadt Düsseldorf

In den Sitzungen des Schulausschusses präsentierten sich die Vertreter*innen der Parteien und der Verwaltung zwar alle als tief betroffen von der aktuellen

Situation, schoben aber die gesamte Verantwortung in Richtung der Handwerkskammer. So überrascht und unwissend wie sie jetzt tun, sind aber viele sicherlich nicht, waren sie doch teilweise aktiv in den Prozess eingebunden. Vor allem bleiben aber die aktuellen Bekenntnisse zur Bedeutung des Bildungsgangs Kolleg für den Zweiten Bildungsweg in Düsseldorf bisher reine Lippenbekenntnisse. Wenn ihnen nicht konkrete Initiativen folgen, wird er mit dem Riehl-Kolleg in Düsseldorf aussterben. (Fotos: Studierende mit ihre Lehrern im Schulausschuss und vor dem Rathaus.



LIPPENBEKENNTNISSE

Davon ist auch eine betroffene Studierende überzeugt, die uns folgenden Brief schrieb: (Name ist der Redaktion bekannt)

"Ich hatte im August 2024 mit der Schule angefangen, voller Hoffnung und Emotionen, endlich etwas für mich zu tun. Endlich meinen beruflichen Status ändern zu können, die einigermaßen vom zeitlichen, vom organisatorischen Ablauf auch passt. Ich hatte und habe

immer noch eine Möglichkeit 20 Minuten später im Unterreicht aufzutau-chen, weil ich ein schulpflichtiges Kind habe, das noch nicht alleine zur Schule geht. Ich muss meinen Sohn jeden Morgen zur Schule bringen. Dadurch habe ich jeden Tag eine Verspätung von 20 Minuten Minimum, weil ich von einer Ecke Düsseldorfs in die andere mit der Bahn fahren muss. Dies funktioniert auch nur, wenn die Bahnen pünktlich und vernünftig fahren, was nicht jeden

Tag so ist. Dies heißt, an manchen Tagen gibt es Bahnverspätungen oder Bahnausfälle....dies bedeutet natürlich und selbstverständlich: meine Verspätung ist dann keine 20 Minuten, sondern 30, 40 gar mehr als 40 Minuten Verspätung.

Aber das wird leider nicht mehr möglich sein, wenn ich demnächst nach Neuss ins Weiterbildungskolleg fahren muss - für mich ist dies keine Option. Ich werde nicht 20 Minuten Verspätung haben, sondern wahrscheinlich 60 Minuten bis zu 2 Unterrichtsstunden. Dies ist nicht mehr produktiv, weder für mich noch für meinen schulischen Werdegang. Ich werde Unterrichte verpassen, wo ich mit 6 benotet werde, weil ich nicht teilnehmen kann aufgrund meiner Situation.

Weil es jetzt beschlossen wurde, dass die Schule schließt, musste ich mich zwangsweise für eine Tätigkeit entscheiden, die so nicht in meinem Repertoire drin war. Meine Ziele, Hoffnungen wurden innerhalb von ein paar Wochen zerstört, ja sogar missachtet, jawohl nicht mal ernst genommen. Ich fühle mich diskriminiert von den zuständigen Personen. Weil es denen gut geht, heißt es nicht, dass es jedem gut geht. Ganz besonders haben es Alleinerziehende schwer im Leben wieder an etwas festzuhalten und Hoffnung aufzubauen. Ich bin wütend, ich bin sehr sehr wütend...ich möchte schreien, aber leider geht es nicht...

Schreien bringt auch nichts, da es schon beschlossen wurde, einfach über unsere Köpfe hinweg.

Für Alleinerziehende ist das im Privaten schon sehr schwer, weil sie auch als

Person, als Mensch ganz "anders" betrachtet werden. Egal in welcher Gesellschaft, eine Alleinerziehende fängt immer einen neuen Schritt mit einem Minus - Punkt an. Bis sie sich hocharbeitet und wirklich sich zeigen und von den Vorurteilen lösen kann, dauert es. Deshalb hält man sich an beruflichen oder schulischen Möglichkeiten fest, damit man nach vorne schauen kann. Und wenn diese Möglichkeit auch weggenommen wird, kann man von einem Menschen keine gesunde Psyche erwarten. Nicht jeder ist stark genug, um die schwierigen Situationen zu verdauen und dann wieder sich auf etwas Neues zu fokussieren. Und dann gibt es auch noch diejenigen, die für Ihre Bildung umgezogen sind!

Zusätzliche Themen mit der Schule wie das Lernen, Arbeiten nach der Schule etc, die Hetzerei mit Kind kommen noch dazu. Der Staat unterstützt die Studierenden nur mit Bafög, was in der heutigen Zeit gar nicht, unmöglich ausreicht. Dies bedeutet, ich muss arbeiten- wie stellt man sich das vor?????????

Demnächst soll ich zur Schule nach Neuss fahren: abgesehen davon, dass ich nicht pünktlich am Unterricht teilnehmen kann und vieles an Themen mir fehlen wird, muss ich mich darum kümmern, erst einmal den verpassten Stoff aufzuarbeiten. Dann nach der Schule einen Job finden in der Nähe der Schule, damit ich keine Zeit verpasse und zusätzlich ein paar Euros dazu verdienen, um überhaupt zum Leben für mich und meine Kinder habe. Und danach noch Zeit für mein Lernen nehme, damit ich auch die Prüfung einiger Maßen schaffe..... "



WILLKOMMEN

GEW begrüßt neue Referendar*innen mit Willkommensgeschenk Von Daniela Drecker, Vorstandsmitglied im Stadtverband

Die GEW begrüßt die neuen Referendar*innen zum Start ihres Vorbereitungs-
dienstes herzlich und wünscht ihnen viel Erfolg auf ihrem Weg in den Schuldienst.
Um den Einstieg zu erleichtern, hat die GEW insgesamt 120 Brotdosen und Bro-
schüren rund um den Vorbereitungsdienst verteilt. Wir freuen uns darauf, sie auf
ihrem beruflichen Weg zu begleiten und stehen ihnen bei Fragen und Anliegen
zur Seite. Wie wünschen den neuen Referendar*innen einen erfolgreichen Start
und eine spannende Ausbildungszeit!

Eure Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe



7. OKTOBER 2023

Vorstandsmitglieder des Stadtverbandes der GEW drücken ihre Verbundenheit mit der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf aus



An die Jüdische Gemeinde Düsseldorf,
an die Kolleginnen und Kollegen der Yitzhak-Rabin-Schule und des Albert-Einstein-Gymnasiums

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in großer Trauer um die Ermordeten und Mitgefühl mit den Geiseln, mit Wut über die Mörder aus den Kreisen der Hamas begehen wir den 1. Jahrestag dieses furchtbaren Schlachtens und den Entführungen. Wir trauern mit Ihrer Gemeinde, Euren Kollegien, Schülerinnen und Schülern und deren Eltern. Wir sind entsetzt, dass wieder Menschen wegschauen, wenn es um die Ermordung von Jüdinnen und Juden geht oder schlimmer noch die Mörderbanden auf Demonstrationen in diesem Land gefeiert werden dürfen.

Als Beschäftigte an den Schulen und insbesondere als Lehrerinnen und Lehrer sind wir verpflichtet, zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu erziehen; dazu gehört auch, dass man die Feinde der Demokratie wie die Regimes im Iran, die Hisbollah- und Huthi-Milizen und sowie die Hamas enttarnt und Widerstand gegen sie leistet.

Es entsetzt uns auch, dass Jüdinnen und Juden wieder Angst haben in Deutschland, ihr Judentum offen zeigen und dass die Zahl der antisemitischen Übergriffe stark angestiegen ist.

Deswegen stehen wir in uneingeschränkter Solidarität zu Israel.

Wir wünschen den Familien der Geiseln Kraft und Mut durchzuhalten bis zur Befreiung ihrer Liebsten.

Mit solidarischen Grüßen

Dr. Sylvia Burkert, Dr. Isabelle Siemes, Ulrike Hund, Patricia Ollesch,
Gero Wollgarten, Daniela Drecker, Dietger Rohwerder

Foto: von der sonntäglichen Demonstration für die Freilassung der Geiseln in Düsseldorf

BEUNRUHIGENDE NORMALITÄT

Viele junge Menschen haben israelfeindliche Ressentiments

Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen: Studie zeigt große Verbreitung und hohe Zustimmungswerte antisemitischer Vorurteile. Im Auftrag der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, und des Ministeriums des Innern haben die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und die Universität Passau eine Studie zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens durchgeführt.

Aus dem Presstext der Landesregierung vom 24.9.2024 (www.land.nrw)

„Befragt wurden 1.300 per Quotenverfahren ausgewählte Personen ab 16 Jahren. Die Studie ist die erste große Umfrage zu antisemitischen Vorurteilen in Nordrhein-Westfalen seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und den Auswirkungen auf das Leben der Jüdinnen und Juden in Nordrhein-Westfalen. In der Studie wurde geprüft, inwiefern bestimmte Gruppen besonders hohe Antisemitismuswerte aufweisen. Die Studie hilft, die aktuell unzureichende Datenlage zu verbessern und die bisherige intensive Arbeit der Landesregierung gegen Antisemitismus zu ergänzen.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen: „Die Studie

hat besorgniserregende Erkenntnisse aufgezeigt. Bis zu 24 Prozent der Befragten haben in unterschiedlicher Form antisemitische Einstellungen. Besonders erschreckend sind die Werte beim holocaustbezogenen Antisemitismus. Dass fast die Hälfte aller Befragten einen Schlussstrich unter die Geschichte ziehen will und über 40 Prozent nachempfinden können, dass der Holocaust viele Menschen kalt lässt, zeigt, welchen Herausforderungen wir uns insbesondere in der Vermittlung der Erinnerungskultur stellen müssen. Auch, dass gerade bei Jugendlichen ein israelfeindliches Weltbild besonders ausgeprägt ist, ist erschreckend und zeigt, dass gerade beim Wissen über Israel und über den Nahostkonflikt Nachholbedarf besteht. Auch die Rolle der sozialen Medien muss verstärkt in der Präventionsarbeit eine Rolle spie-

len. Wir werden mit den Ergebnissen der Studie und den Handlungsempfehlungen nun intensiv arbeiten und auch unsere Programme vor diesem Hintergrund überprüfen und ergänzen.“

Minister des Innern Herbert Reul: „Weil wir uns heute wieder mehr mit Antisemitismus und Israelfeindlichkeit beschäftigen müssen, ist es wichtig, dass wir diese Studie haben, die uns das Dunkelfeld etwas erhellt. Dass 47 Prozent der Befragten einen Schlusstrich unter die Vergangenheit des Holocausts machen wollen, ist erschreckend und inakzeptabel. Unsere Vergangenheit ist Lehrmeister, wenn es darum geht, das Gesagte und auch das Gedachte sehr ernst zu nehmen. Nachdenklich macht mich, dass viele junge Menschen israelfeindliche Ressentiments mit sich herumtragen. Wir müssen uns bei der Präventionsarbeit auf die sozialen Medien als Sendemast von Hass und Hetze fokussieren. Unsere Polizei und der Verfassungsschutz werden immer jüdisches Leben in unserem Land beschützen. Antisemitismus - der Hass gegen Menschen - geht uns alle an. Jeder muss täglich im Kleinen, im Gespräch mit Freunden, mit Nachbarn und Kollegen, den Mund aufmachen und klare Kante zeigen.“

Je nach Fragestellung wiesen acht bis 24 Prozent der Befragten gefestigte antisemitische Einstellungen auf. Die Zustimmungswerte variieren stark zwischen den verschiedenen Antisemitismusformen. Abgefragt wurden die Formen religiöser Antisemitismus, moderner oder „tradiierter“ Antisemitismus sowie sekundärer oder „holocaustbezogener“ Antisemitismus. Die Studie zeigt, dass acht Prozent der Befragten religiös geprägte antisemitische Einstellungen vertreten. Mit 24

Prozent glaubt fast ein Viertel der Befragten modernen antisemitischen Erzählungen, wie beispielsweise an eine sogenannte „jüdische Weltverschwörung“. Einer Relativierung oder sogar Leugnung des Holocaust stimmen 19 Prozent der Befragten zu, während ein israelbezogener Antisemitismus bei immerhin noch 14 Prozent der Befragten auf Zustimmung stößt. Nicht nur bei den Antisemitismusformen, sondern auch bei der Frage, ob der Antisemitismus offen oder camouffiert, also über Umwege oder Codes, formuliert wurde, konnte die Studie deutliche Unterschiede feststellen.

Prof. Dr. Heiko Beyer: „Unsere Studie zeigt, dass antisemitische Einstellungen in Nordrhein-Westfalen eine beunruhigende Normalität erreicht haben.“

Mit unserem Fragebogen konnten wir verschiedene Formen des Antisemitismus differenzieren und dabei feststellen, dass (je nach Form) 8 bis 24 Prozent der Befragten tief verankerte antisemitische Überzeugungen aufweisen. Besonders bemerkenswert ist, dass der Anteil bei hochgebildeten und politisch linken Befragten sogar wahrscheinlich noch unterschätzt wird, da diese, wie unsere Umfrage-Experimente nahelegen, dazu neigen, ihre Einstellungen nicht offen zuzugeben. Darüber hinaus offenbaren die Ergebnisse eine signifikante diskriminierende Handlungspräferenz: Befragte würden im Durchschnitt häufiger jüdische (und Schwarze) Mitreisende im Zug im Vergleich zu nicht-jüdischen meiden. Diese Erkenntnisse zeichnen ein alarmierendes Bild der Verbreitung antisemitischer Haltungen und ihrer potenziellen Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben.

Prof. Dr. Lars Rensmann: „Die Studie bietet die bisher umfassendsten Erkenntnisse zur Verbreitung und zu den Formen und Faktoren des Antisemitismus in der Gesellschaft. Besonders besorgniserregend ist die Akzeptanz von Antisemitismus, und insbesondere des israelbezogenen, bei Teenagern. Fast die Hälfte der Befragten hegt camouflierte antisemitische Ressentiments, insbesondere verschwörungsmythisch und erinnerungsabwehrende. Einige Implikationen unserer Befunde liegen m.E. auf der Hand. Die Bekämpfung des Antisemitismus bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eng verknüpft mit dem Schutz der freiheitlichen Demokratie. Antisemitismus hat an Normalität in der Gesellschaft gewonnen und darf nicht weiter zunehmend zur akzeptierten oder tolerierten Norm werden, gerade unter Jugendlichen. Vielmehr sollten anti-antisemitische Normen gestärkt werden. Zuvörderst erfordert dies einen neuen gesellschaftlichen Umgang mit dem grassierenden, teils Gewalt glorifizierenden Antisemitismus und der Desinformation auf sozialen Medien wie TikTok, die längst zu einer primären Sozialisationsinstanz geworden sind. Hier bräuchte es aus meiner Sicht einen neuen Gesellschaftsvertrag und entsprechende neue Initiativen der Intervention und Prävention. Zudem sind dringend Bildung und Kompetenzen von Multiplikatoren wie Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern und Lehrerinnen und Lehrern durch institutionelle Maßnahmen zu verbessern, gerade zu den Themen Antisemitismus und Israel. Der Einfluss autoritärer Staaten und Verbände auf demokratische Bildung, Institutionen und Öffentlichkeit muss stärker eingeschränkt werden. Die Herausforderung

ist groß und erfordert eine neue Art gesellschaftlicher Anstrengung.“

Hintergrund:

Die quantitative face-to-face Befragung von 1300 per Quotenverfahren ausgewählten Personen (ab 16 Jahren) wurde vom Institut für Demoskopie Allensbach im Zeitraum vom 8. März bis 13. April 2024 durchgeführt. Die Ergebnisse sind durch Gewichtung für soziodemografische und regionale Verteilungen der Grundgesamtheit laut Aussage des Erhebungsinstituts als „repräsentativ“ für die nordrhein-westfälische Bevölkerung einzuschätzen.

Konzepte:

In der Studie wird zwischen vier Erscheinungsformen des Antisemitismus unterschieden: religiöser Antisemitismus, moderner (oder: „tradierter“) Antisemitismus, sekundärer (oder: „holocaustbezogener“) Antisemitismus und israelbezogener Antisemitismus. Zudem wird zwischen den drei Kommunikationsformen des Antisemitismus differenziert: offener (das heißt direkter), camouflierter (das heißt über Umwege bzw. Codes kommunizierter) und tolerierter (Haltung zu von Anderen geäußerten Antisemitismus) Antisemitismus. Die Camouflierung bzw. „Umwegkommunikation“ von Antisemitismus tritt insbesondere beim modernen Antisemitismus auf, weil dieser in der bundesdeutschen Gesellschaft gemeinhin als tabuisiert wahrgenommen wurde/wird.“

Den Abschlussbericht zur Studie „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024“ hier:

<https://www.land.nrw/media/33477>

BERUHIGEND

Protest gegen die AfD an den Schulen!

Ein No-Go: Die AfD an der Dieter-Forte-Gesamtschule am 28.9.

Wir sind empört, dass das die Stadt ermöglicht hat! Die AfD muss raus aus den Schulen!

Aus unserer PM:

„Die AfD darf nirgends unwidersprochen Proteste abhalten“, so DSSQ (Düsseldorf Stellt Sich Quer) im Aufruf zum Gegenprotest. Die GEW Düsseldorf ist Mitglied im DSSQ; wir unterstützen den Protest aus vollem Herzen! Antidemokrat:innen an der Schule – das ist für uns ein No-Go!

Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland müssen nicht politisch neutral sein. Es ist ihre durch das Grundgesetz und die Landesschulgesetze festgelegte Aufgabe, Schüler*innen demokratische Werte wie Menschenrechte und Toleranz zu vermitteln.

Demokratieerziehung als Gebot:

Die Demokratieerziehung ist ein zentraler Bestandteil des Bildungsauftrags des Staates und zielt darauf ab, Schüler*innen zu mündigen Bürger*innen heranzubilden, die sich aktiv in die Gesellschaft einbringen können. Durch die Verankerung der Demokratieerziehung in den Landesschulgesetzen wird sichergestellt, dass Schulen einen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Grundwerte leisten und Schüler*innen auf eine aktive Teilhabe am demokratischen Leben vorbereiten.

Die AfD ist eine Partei mit verfassungsfeindlichen Tendenzen, gesichert rechtsextrem!

GEGEN DIE AfD IN DER DIETER-FORTE GESAMTSCHULE!

DSSQ unterstützt die Schüler:innenproteste

**SA., 28.09.
AB 8:30 UHR**



Deswegen haben Kolleginnen und Kollegen der Dieter Forte Gesamtschule einen Offenen Brief an OB Keller geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Keller, sehr geehrte Frau von Dahlen,

mit Entsetzen habe ich erfahren, dass die AfD am kommenden Samstag, 28.09.2024 ihren Kreisparteitag in der Mensa der Dieter-Forte-Gesamtschule abhalten wird. Soweit es bekannt ist, hat die Stadt Düsseldorf und damit auch Sie als Bürgermeister und Bezirksbürgermeisterin, schulische Räumlichkeiten einer Partei zugesprochen, die - laut Verfassungsschutz - als gesichert rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft wird.

Wie sollen an einer öffentlichen Bildungseinrichtung Werte wie Demokratie, Freiheit, individuelles Recht auf Asyl und sexuelle Selbstbestimmtheit vermittelt werden, wenn gleichzeitig die AfD ihre menschenverachtenden Thesen - mit ihrer Zustimmung - im gleichen Gebäude verbreiten können? Die AfD verbreitet dieses Gedankengut nicht nur, sondern bekämpft aktiv die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens:

"Wir müssen die Grenzen dicht machen und dann die grausamen Bilder aushalten." (Alexander Gauland)

"Diese Kümmelhändler, diese Kameltreiber sollen sich dorthin scheren, wo sie hingehören. Weit, weit, weit hinter den Bospurus, zu ihren Lehmhütten und Vielweibern." (André Poggenburg)

"Und da hat mein Freund Dr.Gauland 100-prozentig Recht - solche Menschen müssen wir selbstverständlich entsorgen."

(Petr Bystrom über Aydan Özuguz)

"Die Merkelnutte lässt jeden rein, sie schafft das. Dumm nur, dass es unser Volkskörper ist, der hier gewaltsam penetriert wird. [...]" (Peter Boehringer)

Aussagen wie die oben aufgeführten und die Haltung der AfD sind Ihnen und ihrer Partei und allen weiteren Ratsmitgliedern bekannt und trotzdem stimmt

die Stadt zu, dass die AfD ausgerechnet in Düsseldorf-Eller in der Dieter-Forte-Gesamtschule, die durch Migration und Vielfalt geprägt sind, ihren Parteitag abhält. Diese Entscheidung zeigt äußerst wenig Feingefühl, ist ein Faustschlag ins Gesicht derjenigen, die jeden Tag um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bemüht sind, ein direkter Angriff auf die Schulgemeinde und zeigt keinerlei Zivilcourage durch den Rat. Auch die Tatsache, dass es keine öffentliche Bekanntmachung - weder seitens der Stadt noch der AfD - zu dieser Veranstaltung gibt, lässt vermuten, dass sie dieses "Ereignis" möglichst klein und an der Öffentlichkeit vorbei stattfinden lassen möchten.

Die Tatsache an sich und der gesamte Vorgang erscheint mir abenteuerlich und es sollte öffentlich erklärt werden, wie es zu dieser Entscheidung gekommen ist. Auch ist es mit Sicherheit angebracht im Rat darüber zu beraten, sich an der Stadt Leverkusen ein Beispiel zu nehmen und keine parteipolitischen Veranstaltungen in Schulen, Bürgerzentren und städtischen Jugendhäusern mehr zu genehmigen - dies wäre ein starkes politisches Zeichen im Zeitalter von rechtspopulistischen Parteien."

Mit freundlichen Grüßen
Laura Papouschek"



Fotos:
GEW-Stadtverbandsmitglieder beim Protest an der Dieter-Forte-Gesamtschule

BEWEGEND

Veranstaltungshinweis:

Vom 23. Januar bis 28 Februar 2025

**wird die Ausstellung "Meine jüdischen Eltern, meine polnischen Eltern"
in der Zentralbibliothek/KAP 1 gezeigt.**

Diese Ausstellung wird in Kooperation mit dem Rosa-Luxemburg-Club Düsseldorf und Mosaik e.V. Düsseldorf in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, dem Polen Institut Düsseldorf sowie Gerhart-Hauptmann-Haus, Respekt und Mut und der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW organisiert und durchgeführt.

Im Rahmen dieser Ausstellung sollen mehrere Begleitveranstaltungen stattfinden, die wir gerade planen. So soll am 25. Januar 2025 der Spielfilm "Der Pianist" von Roman Polanski im Bambi-Kinos gezeigt werden.

Auch unser Stadtverband wird sich um eine Begleitveranstaltung bemühen.

*„Die Ausstellung erzählt die bewegenden Geschichten jüdischer Kinder, die während des Holocaust von polnischen Familien aufgenommen und versteckt wurden. Ursprünglich im Frühjahr 2015 im Museum zur Geschichte der polnischen Juden in Warschau gezeigt, hat die Ausstellung bereits zahlreiche internationale Stationen durchlaufen, darunter Israel, Spanien, Österreich und Ungarn. In Deutschland wurde sie seit 2016 bereits 22 Mal präsentiert und zieht immer wieder zahlreiche Besucher*innen an.*

Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem 27. Januar, dem Internationalen Auschwitz-Gedenktag. An diesem Tag gedenken wir der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz und erinnern uns an die unfassbaren Verbrechen der Vergangenheit. Die Ausstellung bietet einen wichtigen Anlass, sich bewusst mit der Geschichte auseinanderzusetzen und die Bedeutung des Erinnerns zu verstehen. Nur durch das Wissen um die Verbrechen der Vergangenheit können wir uns entschlossen gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit einsetzen und uns aktiv für den Erhalt und die Förderung der Demokratie engagieren. Im Internet ist die Ausstellung unter: https://moirodzice.org.pl/de_index.php zu sehen.“

Nihat Öztürk, Mitveranstalter

NEUES AUS DEM JUNGEN SCHAUSPIEL

Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung des Förderkreises des Jungen Schauspiels, in dem der Stadtverband der GEW Mitglied ist, hatte der Intendant Stefan Fischer-Fels Erfreuliches zu berichten. Von Ulrich Richter, Vorstandsmitglied im Stadtverband

So ist der Umzug des Jungen Schauspiels von der Spielstätte Münsterstraße in das „Central“ an der Worringer Straße voll im Plan. Ende Juni 2025 findet die letzte Vorstellung an der Münsterstraße statt und am Wochenende vom 19. bis 21. 9. 2025 findet die große Neueröffnung im Central statt. Fischer-Fels weit darauf hin, dass im Central zwei Bühnen für das Junge Schauspielhaus zur Verfügung stehen, zudem soll auch die Brücke (z. B. für Lesungen oder auch Hip Hop) bespielt werden.

Das Junge Schauspielhaus will auch die Kooperationen mit Schulen stärken. Zum einen sollen die Vermittlungsformate ausgebaut werden: Das Theater bietet weiterhin für Schülerinnen und Schüler einen vor- oder nachbereitenden Workshop zum jeweils besuchten Stück an. Außerdem kann man mit seiner Schulklasse auch eine Führung hinter den Kulissen buchen. Die Ticketpreise sollen sich weiterhin auf 4, 50 Euro pro Karte belaufen. Der Intendant hat die Auffassung, dass die Schulen die Vermittlungsangebote noch stärker nutzen könnten: So sei es z. B. jederzeit möglich, die TheaterpädagogInnen auch in die Schule einzuladen.

Bei der Mitgliederversammlung haben Ayla Pechtl und Leon Schamlott aus dem Schauspielensemble Szenen aus dem neuen Stück „Wolf“ (nach dem Kinderroman von Saša Stanišić) präsentiert. Das Stück handelt von einem Feriencamp einer Schulklasse im Wald. In dem Stück werden u. a. Gruppendynamik und Ausgrenzung thematisiert. Die beiden Mitglieder des Ensembles haben eindrucksvoll gespielt und es wurde sofort deutlich, dass der Text dieses Stückes zu den besten gehört, die man derzeit auf Theaterbühnen hören kann. Geeignet ist das Stück für Kinder ab 11 Jahren.

Es werden natürlich immer gern Neumitglieder im Förderkreis Junges Schauspiel willkommen heißen, der Mitgliedsbeitrag ist moderat angehoben worden auf jetzt 25 Euro im Jahr.

„ALTERNATIVE GLOBALISIERUNG“

Für den Schulpolitischen Stammtisch am 8.10.2024 war der Referent Thomas Köster eingeladen, Mitglied der globalisierungskritischen Organisation attac; er stellte sein aktuelles Buch „Globalisierungskritik neu denken“ vor und ermöglichte so ein fundiertes Gespräch über die Bedeutung der sozialen Frage und über die weitgehend von der AfD bestimmte Migrations-Diskussion. Von Detlev Wöske, Leiter des Schulpolitischen Stammtisches im Stadtverband

Thomas Köster erläuterte in seinem Vortrag folgenden Aspekte: Kapitalismus als global herrschendes Wirtschaftssystem, die soziale Lage und die ökologische Krise als globale Probleme und die Verteidigung der Demokratie gegen autoritäre Systeme:

Das kapitalistische Wirtschaftssystem habe sich weltweit durchgesetzt, in unterschiedlichen politischen Formen: liberal-demokratisch (USA), wohlfahrtsstaatlich (EU) und autoritär (China, Russland); kennzeichnend ist internationale Arbeitsteilung bzgl. Planung, Marketing, Vor- und Endproduktion. Der damit verbundene globale Handel habe sich nach dem Zweiten Weltkrieg exponentiell erhöht, weit stärker als das weltweite Wirtschaftswachstum, was die Bedeutung der Handelsbeziehungen unterstreicht.

Zur sozialen Frage führte Thomas aus, dass der individuelle Status abhängig sei von ethnischer Zuschreibung, durch ökonomische und soziale Ressourcen sowie dem Geschlecht. Mit Bezug auf die Migration entscheidet ein Pass, also die formelle Nationalität, über Möglichkeiten wie Mobilität und soziale wie ökonomische Möglichkeiten; die seien in Deutschland - im europäischen Vergleich - beson-

ders ungleich verteilt. Hier gelte es u.a. mit steuerlichen Regelungen (wie Vermögenssteuer) entgegenzuwirken.

Die globale ökologische Krise ließe sich, so der Referent, nicht mit einem nationalen „Fußabdruck“ erfassen, da (über-) reiche Menschen – und auch Angehörige der oberen Mittelschicht (wie wir) – einen bis zu 48-fach so hohen Verbrauch an CO2 haben als Menschen in prekären Lebensverhältnissen; dies gelte - auf niedrigerer Stufe - übrigens auch für Länder des globalen Südens. Also würde der soziale Status und die damit ggf. verbundene „imperiale Lebensweise“ über die schädlichen Klimafolgen entscheiden.

Die liberale Demokratie müsse – trotz ihrer Mängel – gegen autoritäre Zumutungen verteidigt werden, gerade weil Systeme mit autoritären Strukturen auch ökonomisch erfolgreich sind und in Europa zunehmend Zustimmung erhalten (vgl. Ungarn als sog. „illiberale Demokratie“).

Als Konsequenz aus seiner Analyse forderte Thomas Köster eine „**alternative Globalisierung**“, d.h.:

Kein Rückzug auf Nation und völkische Vorstellungen

- globale Solidarität mit den am meisten von Krise und ungleichem Welthandel Betroffenen
 - gerechte und ökologisch angepasste Handelsbeziehungen und Verträge mit Klagerechten weltweit
 - globale Geltung von Menschen- und sozialen Rechten (zumindest als Maßstab und Ziel)
 - Migration: Geflüchtete brauchen Versorgung; nicht Grenzen schließen, aber für Waren offen halten.
- die sich derzeit auf die Themen der AFD ausrichtet, und es müsse, so Thomas Köster, das Vordringen des Marktes in die Daseinsfürsorge gestoppt und rückgängig gemacht werden. Es sei eine Transformation der Wirtschaft nötig, um nachhaltige und gerechte Handelsbeziehungen mit den Ländern des globalen Südens zu verwirklichen, kurzfristig die Klagemöglichkeit gegenüber Ausbeutung und umweltschädlicher Rohstoffgewinnung in Lieferketten.

In der Diskussion wurde die **Bedeutung sozialer Absicherung** hervorgehoben, was die Neigung zur Wahl rechtsextremer und populistischer Parteien vermindern und zudem die Solidarität mit sozial benachteiligten Menschen (Bürgergeld-Empfänger und Migranten) vergrößern würde. Um die von AFD und BSW geprägte Ablehnung von Migration – bis hin zur Ablehnung des Grundrechts auf Asyl zu überwinden– müsste zudem ein Politikwechsel stattfinden und der Fokus auf die wichtigere Verbesserung der Lebensverhältnisse gelegt werden – in Bezug z.B. auf bezahlbares Wohnen, ausreichendes Bildungs-Angebot und infrastrukturelle Aufwertung ländlicher Gebiete. Dazu sei – so wurde angemerkt – eine schärfere Kritik der derzeitigen Politik nötig,



Die vorrangig diskutierten Themen Migration und Rechtsradikalismus werden auch für die zukünftigen Veranstaltungen des Schulpolitischen Stammtischs gewünscht, zudem auch der alle stark berührende Ukraine-Krieg, wie eine Wunschliste der Teilnehmer*innen zeigt.*

Vorankündigung: Am 14.01.25 (16-18 h) nächster politische Stammtisch zum Thema "Russlands Krieg in der Ukraine- Friedensmöglichkeiten" (Arbeitstitel). Dazu wird ein erfahrener Aktivist aus Russland- für die Ukraine- eingeladen, Anton Malkin (in Bonn lebend- nicht zu verwechseln mit einem Namensvetter in Kanada).

*Anmerkung der Redaktion: bei Redaktionsschluss fand die Veranstaltung "AfD- Verbot ja oder nein?" des politischen Stammtisches mit Prof. Virchow von der HSU statt. Wir werden darüber berichten.

UNSERE PERSONALRÄTINNEN UND PERSONALRÄTE AN DEN DÜSSELDORFER SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Die Personalräte informieren auf unserer Homepage über wichtige grundlegende Dinge:
<https://duesseldorf.gew-nrw.de/gewerkschaft-vor-ort/personalraete-kontakt-informationen>

Aktualisierte Übersicht

Örtlicher Personalrat Grundschule

Büro:

Monika Maraun, 1. Vorsitzende ÖPR
Am Wehrhahn 41, 20211 Düsseldorf
Sprechzeiten per Mail oder
telefonisch erfragen:
+492118924687
monika.maraun@duesseldorf.de

Monika Maraun

KGS Paulusschule
+49172 2149755
moni.maraun@web.

Catharina Wolff

KGS Paulusschule
+49 211 667608
catharina.wolff@schule.duesseldorf.de

Holger Thrien

GGS Beckbusch-Schule
+49 2102 717772
holger.thrien@gew-nrw.de

Hannah Heisterkamp

GGS Lennéstraße
+49 163 9281778
Hannah.heisterkamp@gew-nrw.de

Maria Varriale

KGS Thomas-Schule
+49 1590 3024121
varriale@gmx.de

Astrid Zörner

KGS Fleher Schule
+49 178 8633 716
astrid.zoerner@gew-nrw.de

Dina Kirschbaum

KGS Fleher Schule
dina.kirschbaum@gew-nrw.de

Ulrich Gosebruch

GGS Knittkuhl
+49 1759497300
Ulrich.gosebruch@web.de

Andrea Gellert

KGS St. Fanziskus Schule
+49 1577 3897 7456
andrea.gellert@gew-nrw.de

Sandro Monachello

KGS Werstener Friedhofstraße
+49 2112495943
sandro.monachello@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Förderschule

Nicole Kaspar

Alfred-Herrhausen-Schule
+49 211 46872458
nicolekaspar@alice-dsl.net

Daniela Drecker

Franz-Marc-Schule
+49 211 69167622
daniela.drecker.gew@gmx.de

Bezirkspersonalrat Hauptschule

Patricia Ollesch

Gemeinschaftshauptschule am Eller Forst
+49 211 346882
pollesch@gmx.de

Bezirkspersonalrat Realschule

Andreas Dietrich

Toni-Turek-Realschule
+49 212 64527631
andreasdietrich@schule.duesseldorf.de

Bezirkspersonalrat Gymnasium und Weiterbildung

Hanna Tuszyński

Städtisches Gymnasium Gerresheim
+49 211 87525881
Hanna.tuszyński@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Gesamtschule

Gabriella Lorusso

Städtische Gesamtschule Stettiner Straße
+49 173 2744416
Gabriella.lorusso@gew-nrw.de

Regina Köhler

Gesamtschule Stettiner Straße
+49 176 99225964
Regina.koehler@brd.nrw.de

Bezirkspersonalrat Berufskolleg

Marei Heinke

Elly-Heuss-Knapp-Schule
+49 1578 1642 104
marei.heinke@gew-nrw.de

Hauptpersonalrat Berufskolleg

Bärbel Bösche

Max-Weber-Berufskolleg
+49 211 91384874
baerbel.boesche@gew-nrw.de

Heinrich-Heine-Universität

Gero Wollgarten, 4. stellv. Vorsitzender

Med.-Fak./Studiendekanat
Tel. +49 211 81 11519
gero.wollgarten@uni-duesseldorf.de.

Dominique Brasseur

Studierendenakademie
+49 211 81-13051
dominique.brasseur@hhu.de

Holger Ehlert

Studierendenakademie
+49 211 81-14747
holger.ehlert@hhu.de

**Aufruf unserer Geschäftsstelle an unsere Mitglieder:
E-Mail-Adresse bekanntgeben!**

Einladungen, Informationen und Anfragen werden aus finanziellen, ökologischen und zeitsparenden Gründen per E-Mail abgewickelt. Wer als Mitglied keine E-Mail von uns erhält, hat uns keine bzw. keine gültige E-Mail-Adresse mitgeteilt!
Wir bitten diese Mitglieder darum, uns eine gültige E-Mail-Adresse mitzuteilen:

geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de

Wir bitten auch um eine Mitteilung, wenn sich die E-Mail-Adresse ändert bzw. in jüngster Zeit geändert hat!

Eure Geschäftsführerin Anja Mühlenberg
Euer Leitungsteam Gabriella Lorusso, Dr. Sylvia Burkert

EINLADUNG ZUR JHV UND WAHLVERSAMMLUNG IM DOPPELPAK AM DIENSTAG, 25. MÄRZ 2025 IM GEWERKSCHAFTSHAUS, FRIEDRICH-EBERT-STR. 34-38, 17.00 - 21.00 UHR

Alle Mitglieder des Düsseldorfer Stadtverbandes der GEW sind ganz herzlich eingeladen!

Ihr habt die Chance an diesem Abend im 1. Teil die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit zu diskutieren und die Vorstandskandidatinnen und -Kandidaten im 2. Teil auf der Wahlversammlung kennen zu lernen und zu wählen! Die Rechenschaftsberichte der Fachgruppen und den Leitantrag des Vorstandes findet ihr in der nächsten Nummer der Stadtzeitung bzw. auf unserer Homepage.

1. Teil JHV: 17.00 bis 18.30 Uhr

Als Tagesordnung für die JHV ist vorgesehen:

1. Begrüßung und Formalia
2. Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Aussprache
3. Rechenschaftsbericht des Kassierers und Aussprache
4. Bericht der Kassenprüfer*innen
5. Entlastung des Kassiers
6. Entlastung des Vorstandes
7. Wahl der Kassenprüfer*innen
8. Vorstellung des Haushalts 2025
9. Leitantrag und Anträge
10. Verschiedenes

Antragsschluss ist der 10.3.2025.

Alle später eingehenden Anträge werden nur im Falle von Dringlichkeit auf der Jahreshauptversammlung behandelt.

In der Pause von 18.30-19.00 steht ein Imbiss bereit.

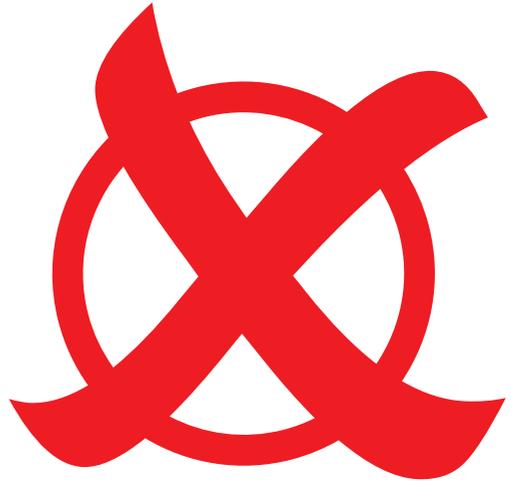
2. Teil Wahlversammlung: 19.00 – 21.00 Uhr

Die Tagesordnung findet ihr im Wahlaufuf des Wahlvorstandes, nächste Seite.

Für den Vorstand

Dr. Sylvia Burkert, Gabriella Lorusso, Leitungsteam

Düsseldorf, den 19.11.2024



WAHLEN IM STADTVERBAND DÜSSELDORF

WAHLAUFRUF

Düsseldorf, 27. September 2024

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
anders als in den vergangenen Jahren finden die Vorstands- und Delegiertenwahlen im Stadtverband Düsseldorf im Frühjahr 2025 statt. Grund dafür ist die auf der Jahreshauptversammlung 2024 beschlossene Verlängerung der Wahlperiode von drei auf vier Jahre.
Mit diesem Schreiben laden wir zur Wahlversammlung ein, die direkt im Anschluss an die Jahreshauptversammlung stattfindet.

Dienstag, den 25. März 2025, 19.00 Uhr
Arthur-Hauck-Saal im DGB-Haus, Friedrich-Ebert-Str. 34-38

Tagesordnung:

1. Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Vorstand des Stadtverbandes
2. Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Delegierten des Stadtverbandes zum Landesgewerkschaftstag
3. Wahlen
4. Anträge
5. Verschiedenes

Wahlberechtigt sind nur die Kolleginnen und Kollegen, die im **Wähler*innenverzeichnis** eingetragen sind. Dieses Verzeichnis kann in der Geschäftsstelle zu den Geschäftszeiten eingesehen werden. **Einsprüche** gegen die Richtigkeit des Wähler*innenverzeichnisses müssen schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden; der letzte Termin dafür ist der **11. März 2025** (Datum des Eingangs in der Geschäftsstelle).

Wer an der Wahlversammlung nicht teilnehmen kann, erhält **auf Anforderung die Briefwahlunterlagen**, mit denen das Votum nach der Wahlversammlung abgegeben werden kann. Solche Anforderungen müssen 14 Tage vorher, nämlich **bis zum 11. März 2025** formlos, schriftlich, mit Angabe der Fachgruppe sowie der Unterschrift der bzw. des Wahlberechtigten versehen beim Wahlvorstand eingegangen sein.

Hierzu kann der **Postkartenvordruck in dieser Stadtzeitung 4/2024** benutzt werden. Außerdem ist es möglich und im Sinne einer höheren Wahlbeteiligung erwünscht, wenn Kolleginnen und Kollegen einer Schule über ihre Vertrauensfrau bzw. ihren Vertrauensmann ihre Anforderungen gesammelt an den Wahlvorstand schicken. Ein entsprechender Vordruck geht den Vertrauensleuten rechtzeitig zu.

Aber bitte auch in diesem Fall die persönlichen Unterschriften nicht vergessen und **bis zum 11. März 2025** schicken!
Der Wahlvorstand versendet die Briefwahlunterlagen am 26. März 2025.
Die ausgefüllten Unterlagen müssen bis zum 8. April 2025 zurückgeschickt sein (Datum des Eingangs in der Geschäftsstelle).

Kandidaturvorschläge für die in der Tagesordnung genannten Funktionen sollten **bis zum 11. März 2025** beim Wahlvorstand eingegangen sein. Weitere Kandidat*innenvorschläge können aber für den Fall, dass das Einverständnis der Betroffenen schriftlich vorliegt und mindestens 10 Prozent der anwesenden Wahlberechtigten der Kandidatur zustimmen, noch auf der Wahlversammlung am 25. März in die Kandidat*innenliste aufgenommen werden.

Folgende Vorstandsfunktionen sind zu besetzen:

- /** eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender
- /** ein*e erste*r und ein*e zweite*r stellvertretende*r Vorsitzende*r oder alternativ ein Leitungsteam aus max. 3 Personen

- /** ein*e Vertreter*in für Vertrauensleute
- /** ein*e Kassierer*in
- /** ein*e Schriftführer*in
- /** ein*e Referent*in für Öffentlichkeitsarbeit
- /** ein*e Vertreter*in für Ruheständler*innen

- // ein*e Vertreter*in für Rechtsschutz
- // ein*e Vertreter*in der jungen GEW
- // ein*e Leiter*in des Arbeitskreises für Honorarkräfte

Leiter*innen der

- // FG Grundschule
- // FG Hauptschule
- // FG Realschule
- // FG Gymnasium
- // FG Sonderpädagogische Berufe
- // FG Berufskolleg
- // FG Gesamtschule/Sekundarschule
- // FG Erwachsenenbildung
- // FG Sozialpädagogische Berufe
- // FG Hochschule und Forschung
- // FG Schulaufsicht und Schulverwaltung

Außerdem besteht die Möglichkeit, eine GEW-Studierendengruppe sowie einen Ausschuss für Angestellte zu bilden, jeweils mit einem Sitz im Vorstand. Des Weiteren sind voraussichtlich 9 Delegierte und ihre Vertreter*innen für den Landesgewerkschaftstag zu wählen.

Auf der Wahlversammlung am 25. März stellen sich die Kandidatinnen und Kandidaten vor. Die endgültige Kandidat*innenliste wird erst auf dieser Versammlung aufgestellt. Am Ende der Wahlversammlung kann jedes stimmberechtigte Mitglied seine Stimmzettel ausfüllen und in eine verschlossene Urne werfen.

Am 9. April 2025 werden wir ab 14.00 Uhr in der Geschäftsstelle die Stimmen gewerkschaftsöffentlich auszählen.

Adresse des Wahlvorstandes:
GEW Stadtverband Düsseldorf
Wahlvorstand
Friedrich-Ebert-Str 34-38
40210 Düsseldorf

Der Wahlvorstand
Ruth Janßen
Anja Mühlenberg
Catharina Wolff

EINMALEINS DER GEW



Was ist eigentlich eine Jahreshauptversammlung?

Von Anja Mühlenberg, Geschäftsführerin der GEW Düsseldorf

Die Jahreshauptversammlung eines Ortsverbands der GEW ist eine besondere Mitgliederversammlung und neben dem Vorstand das wichtigste Organ eines GEW-Ortsverbandes. Sie findet einmal im Jahr statt. Das ist in der Satzung so festgelegt. Zur Jahreshauptversammlung sind alle Mitglieder eines Ortsverbandes eingeladen, die Teilnahme möglichst vieler Mitglieder ist ausdrücklich erwünscht.

Auf der Jahreshauptversammlung nehmen die Mitglieder den Rechenschaftsbericht des Vorstands über seine Arbeit im vergangenen Jahr entgegen und verabschieden den Haushalt der GEW für das laufende Jahr. Anträge zur Arbeit der GEW vor Ort können ebenfalls gestellt und verabschiedet werden. Daneben dient die Versammlung auch immer dem persönlichen, kollegialen und fachlichen Austausch.

Der Rechenschaftsbericht

Der Vorstand ist, ähnlich wie bei Vereinen, verpflichtet, den Mitgliedern über seine Arbeit Rechenschaft abzugeben. Das heißt, dass er darlegt, an welchen Themen er wie gearbeitet hat. So wird es den Mitgliedern möglich zu überprüfen, ob satzungskonform, verantwortungsbewusst und in ihrem Sinne gehandelt wurde und wird. Der Rechenschaftsbericht wird in der Stadtverbandszeitung und auf der Homepage veröffentlicht und liegt so-

mit allen Mitgliedern vor. Auf der Jahreshauptversammlung gibt es dann die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Kritik zu äußern. Vorschläge und Wünsche für die Arbeit des neuen Jahres können beim Tagesordnungspunkt „Anträge“ eingebracht werden.

Anträge und Leitantrag

Traditionell schlägt der Vorstand in seinem Leitantrag Grundzüge seiner Arbeit für das aktuelle Jahr vor. Der Text dieses Antrages liegt allen Mitgliedern in der nächsten Ausgabe der Stadtverbandszeitung (1/25) sowie auf der Homepage vor. Hier haben alle Mitglieder die Möglichkeit, Einfluss auf die Arbeit des Vorstandes (und somit der GEW Düsseldorf) zu nehmen, indem sie die vorgelegten Ideen begutachten und gegebenenfalls ändern oder ergänzen. Über solche Vorschläge stimmt die Versammlung ab. Ebenso ist es möglich, eigene Anträge an die Jahreshauptversammlung zu formulieren. Hierbei kann es um jedes Thema gehen, das die GEW Düsseldorf berührt. Auch über diese Anträge stimmt die Versammlung ab. Solche Anträge müssen bis zu einem bestimmten Datum vorliegen. Eine Ausnahme bilden Anträge, die aufgrund ihres dringlichen Inhaltes nicht vorher eingereicht werden konnten.

(Aus der Stadtzeitung 1/22, aktualisiert von der Redaktion)

TERMINÜBERSICHT WAHLEN IM STADTVERBAND DÜSSELDORF

11. März 2025

- Letzter Termin für Anforderung der Briefwahlunterlagen
- Kandidatenvorschläge
- Einsprüche gegen das WählerInnenverzeichnis

25. März 2025, Dienstag 19-21 Uhr

Wahlversammlung

8. April 2025

Letzter Termin für Rücksendung der Briefwahlunterlagen/
Datum des Eingangs in der Geschäftsstelle

9. April 2025

Auszählung der Stimmen in der Geschäftsstelle



Datum

Da ich bei der Wahlversammlung am 25.03.2025 nicht anwesend sein kann, möchte ich mein Votum mittels Briefwahl abgeben.

Ich bitte um Zusendung der dafür notwendigen Unterlagen.

Fachgruppe

Name

Straße

PLZ

Ort

Unterschrift

**Eingang bis spätestens
11. März 2025
in der Geschäftsstelle**

Bitte
ausreichend
frankieren

An den Wahlvorstand
des Stadtverbandes
der GEW Düsseldorf

Friedrich-Ebert-Straße 34-38

40210 Düsseldorf





Ich verteile Ihre
WAHL-
WERBUNG

EDITION
SPD

RABE